Ruf nach Differenzierung in Diskussion über Antisemitismus

4. April 2018

Bonn (KNA) Ruf nach Differenzierung und Wachsamkeit in der Diskussion über Antisemitismus an Schulen.

Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Thomas Sternberg, erklärte in der „Passauer Neuen Presse“ (Samstag): „Religiöse Diskriminierung gibt es von vielen Seiten, wir dürfen deshalb nicht nur ‚den‘ Islam an den Pranger stellen. Genau das geschieht aber derzeit.“

Es gehe nicht an, Antisemitismus nur dann zu verurteilen, wenn er von Muslimen komme. „Einzelne Fälle“ wie die Vorkommnisse an einer Berliner Schule und die Debatte darüber erzeugten „eine explosive Stimmung“. Dagegen müssten gläubige Christen vorgehen: „Wir brauchen einen engeren Dialog und müssen wie die Juden als unsere älteren auch die frommen Muslime als unsere jüngeren Geschwister im Glauben wahrnehmen“, so der ZdK-Präsident.

Der Hamburger Erzbischof Stefan Heße warnte an Karfreitag vor der Missachtung der Würde von Menschen, „wenn Kinder und Jugendliche auf den Schulhöfen gemobbt werden, weil man weiß, dass sie eine religiöse Überzeugung haben, oder wenn in Frankreich eine Seniorin, eine Jüdin, ermordet wird wegen ihres Glaubens.“ Die Christen sollten da stehen, wo Jesus stünde, nämlich auf der Seite der Menschen.

Münsters Bischof Felix Genn verlangte „Nulltoleranz“ als Reaktion von Christen, „wenn es in unserem Land auch nur die geringsten Anzeichen von Judenhass und Antisemitismus gibt“. Es sei beschämend, was das deutsche Volk und viele andere dem jüdischen Volk im Laufe „der sich christlich nennenden Geschichte“ angetan hätten. Dabei habe auch die Kirche im Laufe ihrer Geschichte „dunkle Seiten“ gehabt, sagte Genn am Donnerstag.

Die Leiterin des Kompetenzzentrums Prävention und Empowerment der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST), Marina Chernivsky, forderte pädagogische Interventionen gegen Antisemitismus an Schulen. „Werden solche Zwischenfälle nicht thematisiert, bekommen die Jugendlichen die Botschaft, dass das, was sie denken und was sie tun, akzeptiert ist“, sagte sie in der Zeitung „Neues Deutschland“ (Samstag).

Ausgelöst worden war die Debatte von einem Vorgang an einer Berliner Grundschule. Demnach griffen muslimische Schüler ein jüdisches Mädchen an, „weil sie nicht an Allah glaubt“. Zuvor habe ein Schüler auf die Angabe des Mädchens, sie sei Jüdin, das Wort „Jude“ mehrfach in bedrohlichem Tonfall wiederholt. Das Mädchen sei außerdem schon einmal mit dem Tode bedroht worden.

Dies sei ein einzelner Fall, betonte der Vorstand der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, Dervis Hizarci, in der „Süddeutschen Zeitung“(Donnerstag). Allerdings habe er in den vergangenen zwölf Monaten von mindestens zwei weiteren solcher Fälle in Berlin gehört. „Außerdem wissen wir von dem Direktor der jüdischen Oberschule, dass etwa acht Schüler pro Schuljahr nach antisemitischem Mobbing ihre Schule verlassen und auf das jüdische Gymnasium wechseln. Die Dunkelziffer können wir nur schätzen, wir gehen von jährlich ein bis zwei Dutzend Fällen aus.“ Im Vergleich zu über 300.000 Schülern in Berlin „ist das wenig und trotzdem zu viel“.

(KNA – sknnk-89-00065)

Stand: 13. November 2026